

# VORAN

70  
Pfennig

Hansaring 4  
5000 Köln 1  
0221/134504

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

## DDR: Schluß mit der Bürokratenherrschaft - Für eine sozialistische Demokratie

Die DDR steht mitten in einer revolutionären Entwicklung. Die herrschende Bürokratie hat abgewirtschaftet. Sie ist weder in der Lage, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung zu befriedigen noch die politischen Forderungen nach vollen demokratischen Rechten zu erfüllen, denn letzteres würde ihre eigene Entmachtung bedeuten.

Alles, was in den letzten Wochen an kleinen Öffnungen und sichtbaren Spaltungen im Apparat deutlich wurde, ist direkte Folge der großartigen Bewegungen und Demonstrationen. Die Fluchtbewegung zehntausender Menschen ist ein Symptom dafür, wie unerträglich die Lage im Land für viele geworden war. Aber vor allem die Massendemonstrationen, das unerschrockene öffentliche Eintreten für demokratische Freiheiten hat die herrschende Bürokratie ins Wanken gebracht.



Demonstranten in Leipzig

# Ist die DDR eine sozialistische Gesellschaft?

Die SED-Führung behauptet, die DDR sei eine "entwickelte sozialistische Gesellschaft", die es nur zu "vervollkommenen" gelte. Doch kann es eine bösartigere Verleumdung der Ideen des Sozialismus geben als das real existierende System?

Die DDR und die anderen Länder Osteuropas sind keine kapitalistischen Gesellschaften mehr. Kapital und Großgrundbesitz wurden enteignet. Es wurden neue Produktions- und Eigentumsverhältnisse geschaffen, deren Grundpfeiler das Staatseigentum an Produktionsmitteln, das staatliche Außenhandelsmonopol und die Planwirtschaft sind.

Das sind zwar notwendige Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus. Aber das allein macht noch längst nicht die sozialistische Gesellschaft aus. Nach Marx, Engels und Lenin - auf die sich die Bürokratie zu Unrecht beruft - ist der Sozialismus eine Gesellschaftsform, die am höchstentwickelten Kapitalismus anknüpft; in der dank hohem Entwicklungsstand der Produktivkräfte genügend Güter hergestellt werden können, um die Menschen vom täglichen Existenzkampf und materiellen Sorgen zu befreien.

Sozialismus bedeutet auch: vollständige demokratische Rechte, viel weitergehend als im Kapitalismus, was die demokratische Teilnahme an

gesellschaftlichen Entscheidungen in allen Bereichen angeht. Im Sozialismus werden staatliche Unterdrückungsfunktionen im Innern sofort absterben, da es keine Privilegien oder Machteliten mehr zu verteidigen gäbe. Durch Arbeitszeitverkürzung und Einarbeitung aller in verwaltende und leitende Funktionen würde ein allmählicher Übergang in gesellschaftliche Selbstverwaltung möglich.

Ist das in der DDR etwa gegeben? Was hat das mit Sozialismus zu tun, wenn die Versorgung mit Konsumgütern, die in entwickelten kapitalistischen Ländern längst zum normalen Lebensstandard der Arbeiter zählen, vorne und hinten nicht funktioniert? Geringere Produktivität als im Kapitalismus, Mißwirtschaft, Privilegien, Korruption, Unterversorgung, ein wuchernder Staatsapparat, der keine Anstalten macht abzusterben, Unterdrückung und Entmündigung - das ist eine traurige Karikatur auf den Sozialismus, wie sie sich seine Feinde kaum schlimmer hätten ausdenken können.

Das Haupthindernis für eine Entwicklung hin zum Sozialismus ist die Bürokratie selbst, und zwar in allen sogenannten "sozialistischen Staaten". Durch den Stalinismus und die nachstalinistischen Herrschaftsformen haben die bürokratischen Eliten die Idee des Sozialismus weltweit in Verfall gebracht.

## Kapitalistische Marktwirtschaft ist keine Alternative

Im den westlichen Ländern gibt es inzwischen eine regelrechte ideologische Offensive der Kapitalisten. Ermutigt durch die Krise in Osteuropa erklären uns die Propagandisten der Marktwirtschaft, ihr System sei das denkbar beste auf Erden. Doch der Kapitalismus hat seit seinem Bestehen immer wieder große Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit hervorgebracht. Zwei Weltkriege und blutige Diktaturen bis hin zum Faschismus gehen auf sein Konto. Für 2/3 der Menschheit in der sogenannten Dritten Welt bedeutet der kapitalistische

Weltmarkt Ausplünderung, Verschuldung, Hunger und absolutes Elend. Selbst in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern hat nur derjenige sein Auskommen, der einen einigermaßen guten Arbeitsplatz hat. Auch in den reichsten Ländern wie den USA oder der BRD gibt es wachsende Armut. 30 Millionen Menschen in den OECD-Ländern sind derzeit arbeitslos, die Umverteilung von unten nach oben wird immer unverschämter, Sozialeleistungen werden abgebaut, die Arbeitshetze nimmt zu.

Auch sind demokratische Rechte keineswegs ein automatischer Bestandteil der kapitalistischen Marktwirtschaft, wie man an den vielen Diktatuten sehen kann, wie sie bestanden und immer noch bestehen, von Chile bis Südafrika. Staaten mit parlamentarischer Demokratie sind die Ausnahme, wenn man die gesamte westliche Welt betrachtet. Und auch hier wurden die bestehenden demokratischen und sozialen Rechte nicht freiwillig gegeben, sondern vor allem von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen erkämpft, vom Wahlrecht über Pressefreiheit bis zum 8-Stunden-Tag.

In Osteuropa suchen der Reformflügel der Bürokratie und andere Kräfte ihr Heil in der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente. Doch überall dort, wo Anleihen bei der Marktwirtschaft gemacht wurden, hat sich die wirtschaftliche Lage nur noch verschlimmert. In Jugoslawien, Polen oder Ungarn kann man beobachten, wie die Inflation galoppiert, Betriebe geschlossen werden, die Arbeitslosigkeit steigt und der Lebensstandard von wachsenden Teilen der Bevölkerung sinkt. Im Grunde werden damit nur die Übel beider Systeme kombiniert: nämlich nach wie vor bürokratische Strukturen (seien sie zentral oder dezentral) mit der kapitalistischen Anarchie des Marktes.

Die Ursache der Mißwirtschaft in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern ist nicht die Planwirtschaft

als solche, sondern die bürokratische Herrschaft darüber.

Sozialisten sollten daher die Grundlagen der dortigen Produktionsverhältnisse bedingungslos verteidigen: nämlich das Staatseigentum an Produktionsmitteln, das staatliche Außenhandelsmonopol und die Planwirtschaft. Aber auf dieser Grundlage muß sich ein demokratischer gesellschaftlicher Überbau erheben. Das heißt, wir müssen für eine demokratische geplante Wirtschaft und den Aufbau demokratischer staatlicher Strukturen, einer echten sozialistischen Demokratie eintreten. Nur dann kann die Planwirtschaft ihre Vorzüge wirklich entfalten, kann von einer Entwicklung in Richtung auf Sozialismus die Rede sein.



**Zu Unrecht beruft sich die Bürokratie auf Liebknecht und Luxemburg**

## Für eine demokratische Planwirtschaft

Planwirtschaft braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Es ist unmöglich, eine entwickelte Industriegesellschaft von oben herab zu leiten. Eine Kommando-Wirtschaft, in der die Entscheidungen durch Befehlsgewalt von Bürokratien - seien sie zentral oder dezentral - getroffen werden, muß zwangsläufig in Fehlplanungen, Mißwirtschaft, Verschwendung und Korruption münden.

Im Kapitalismus übt der Markt eine gewisse Kontrolle über die Effektivität der Produktion aus (wenn auch z.T. durch die Monopole eingeschränkt). Mangelnde Produktivität, Mißmanagement und Fehlplanungen führen letztendlich zum Konkurs einer Firma.

Dies ist natürlich eine sehr verschwenderische Art der Kontrolle: Unternehmen werden geschlossen, Maschinen stehen still, Menschen werden arbeitslos - ganz davon abgesehen, daß im Kapitalismus nach Profit, und nicht nach Bedürfnissen produziert wird.

In der Planwirtschaft, wo der Staat gewissermaßen ein großes Unternehmen ist, gibt es diese Art der Kontrolle nicht. Die einzig mögliche Kontrolle über die Effizienz der Produktion kann hier nur von den Produzenten selbst ausgehen, indem nämlich die Arbeitenden demokratisch die Wirtschaftsabläufe kontrollieren.

- Erst in einer demokratischen Planwirtschaft könnten wirklich die Talente und Fähigkeiten der Arbeitenden in Industrie und Landwirtschaft, der Wissenschaftler, Techniker und Kulturschaffenden freigesetzt werden.

- Die Abschaffung der Bürokratie in Betrieb und Verwaltung würde eine enorme Einsparung bedeuten. Denn schließlich ist der Unterhalt der Apparate, der Luxuskonsum der bürokratischen Elite, die Bezahlung der Überwachungsorgane des Staates eine riesige Kostenbelastung für die Wirtschaft.

- Wenn die Arbeitenden und Verbraucher mitreden könnten, dann würde nicht einfach über Probleme wie Wohnungsnot oder schlechte Wohnqualität, Umweltverschmutzung, mangelnde Kindergartenplätze und sonstige gesellschaftliche Versorgungseinrichtungen hinweggegangen, die unter den heutigen Verhältnissen insbesondere die Frauen zusätzlich belasten. Der Mensch ist schließlich nicht nur Produktionsfaktor, sondern hat soziale und kulturelle Bedürfnisse, die dann auch zur Geltung gebracht werden können. Wo und wie investiert wird, wie ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Investitions- und Konsumgütern gefunden, wie am umweltfreundlichsten produziert, wie optimale Kinderversorgung und Vergesellschaftung der Hausarbeit erreicht werden kann - das alles wäre Gegenstand demokratischer Entscheidungen und nicht bürokratischer Befehle ohne Rücksicht auf die Natur und die Bedürfnisse des Menschen.

- Die Bürokratie hat sich als unfähig erwiesen, Spitzenleistungen der Forschung schnell und effizient in die Produktion einzuführen. Wissenschaft und Technik können sich nur dann voll entfalten, wenn sie frei von bürokratischer Bevormundung sind. Nur in einem demokratischen Planungsprozeß können sie die entsprechenden wirtschaftlichen Ergebnisse bringen.

- Wenn man bedenkt, wieviel Leerlauf heute in der DDR-Wirtschaft durch bürokratische Fehlplanung herrscht

(mangelnde Ersatzteile, Transportprobleme, usw.), dann könnte man in einer demokratischen Planwirtschaft die Arbeitszeit ohnehin sofort verkürzen. Durch weitere schrittweise Arbeitszeitverkürzung - in Anbindung an den Fortschritt in der Arbeitsproduktivität - könnten alle Zug um Zug in die Leitung und Koordination der Wirtschaftsabläufe eingearbeitet werden.

- Auch die übermäßigen Rüstungsausgaben könnten eingeschränkt, und damit Mittel für die Weiterentwicklung der Wirtschaft freigesetzt werden. Wir verkennen nicht die Gefahren, die von westlichen Aufrüstung ausgehen. Wir glauben auch nicht an einen "friedenfähigen Imperialismus", nur weil die Kriegsschauplätze heute außerhalb Europas liegen. Aber eine echte Arbeiterdemokratie könnte sich vor allem auch mit politischen Mitteln verteidigen, indem sie an die Solidarität der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend in den kapitalistischen Ländern appelliert. Wir sehen schon heute, wie es in Anbetracht einiger Abrüstungs-Initiativen Gorbatschows den Rüstungskonzernen und Politikern immer schwerer fällt, ihre Aufrüstung weiter zu rechtfertigen. Noch schwerer wäre es für die Herrschenden hier, die Massen für einen Krieg gegen einen demokratischen Arbeiterstaat zu mobilisieren, der ein positives Beispiel darstellen würde. Das heute real existierende System ist dagegen für viele Arbeiter in der westlichen Welt abschreckend.

- Die optimale Nutzung aller Produktionsfaktoren kann nicht in einem Land autark erfolgen. Nationalistische Engstirnigkeit und Machterhaltungs-Trieb der einzelnen nationalen Bürokratien stehen auch hier im Weg. Welche Vergeudung von Ressourcen, wenn jedes Land seine eigene Schwerindustrie aufbaut, statt in internationaler Arbeitsteilung zu kooperieren. Welcher Wahnsinn, eine nationale Energiebasis auf umweltzerstörender Braunkohle-Nutzung und gefährlicher Kernenergie aufzubauen, statt gemeinsam z.B. die Erforschung und Nutzung erneuerbarer und sanfter Energiequellen voranzutreiben.

Planwirtschaft kann sich nur in internationaler, gleichberechtigter Zusammenarbeit demokratischer Arbeiterstaaten voll entfalten. Zum Beispiel: der technologische Standard der DDR, zusammengebracht mit den oft noch kaum erschlossenen Rohstoffvorkommen der Sowjetunion, würde große wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten mit sich bringen.

- Die Teilnahme am kapitalistischen Weltmarkt könnte sich darauf beschränken, technologische Spitzenleistungen zu importieren, sofern und solange sie dem eigenen Standard überlegen sind, statt mit einem vielfachen Aufwand z.B. einen eigenen Chip zu entwickeln. Oder statt mit teuren Devisen den Luxuskonsum der Bürokratie zu finanzieren. Eine sozialistische Föderation demokratischer Arbeiterstaaten Osteuropas auf freiwilliger und gleichberechtigter Basis würde ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Sie hätte große Ausstrahlungskraft auf die Arbeiterbewegung des Westens und würde somit auch den Anfang vom Ende des Imperialismus bedeuten.

## Wiedervereinigung

Auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung kann nur in diesem internationalen Zusammenhang gelöst werden. Die deutsch-deutsche Grenze ist eine Grenze zwischen zwei unvereinbaren gesellschaftlichen Systemen. Wir wollen keine Wiedervereinigung unter dem Vorzeichen kapitalistischer oder bürokratischer Herrschaft. Die deutsche Frage steht erst dann auf der Tagesordnung, wenn das Kapital im Westen und die Bürokratie im Osten entmachtet sind. Wegen der zentralen Bedeutung beider deutscher Staaten für das jeweilige System ist dies eng mit der Errichtung echter sozialistischer Demokratien in ganz Europa verknüpft. Im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa wäre eine Wiedervereinigung und ein friedliches Zusammenleben aller Völker möglich, wobei nach und nach alle Grenzen überflüssig würden.

## Entmachtung der Bürokratie

Um eine sozialistische Demokratie in der DDR zu erreichen, ist eine grundlegende Umgestaltung der herrschenden Strukturen nötig. Das Auswechseln von Personen oder das Herumdoktern an bestehenden Institutionen reichen bei weitem nicht aus. Es kann nicht um die Reformierung der Bürokratie gehen; vielmehr muß ihre Macht gebrochen werden.

Denn Bürokratie ist nicht einfach nur administrative Engstirnigkeit der Funktionäre, preußischer Beamtengeist oder eine schlechte Angewohnheit. Die Bürokratie ist die herrschende soziale Schicht, abgehoben vom Rest der Gesellschaft, die ihre eigenen Interessen verfolgt, ihre Privilegien und ihre Macht verteidigt. Die Gesellschaft kann sich erst weiterentwickeln, wenn diese privilegierte Kaste samt ihrer Partei entmachtet ist, die die Schalt-

hebel in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in Händen hält. Und das kann nur von unten erkämpft werden. Noch nie hat sich eine herrschende Schicht selbst wegreformiert.

Das bedeutet, ganz neue staatliche Strukturen aufzubauen, die von Grund auf demokratisch legitimiert sind. Der alte Staatsapparat muß durch einen neuen ersetzt werden, nämlich durch Organe einer echten Arbeiterdemokratie. Anknüpfungspunkte hierzu bieten die Traditionen der Sowjetdemokratie, wie sie in den ersten Jahren nach der russischen Oktoberrevolution (bis zur stalinistischen Entartung) bestanden. Oder die Traditionen der deutschen Rätebewegung von 1918/19 und die unverfälschten Ideen der großen Klassiker des Sozialismus: Marx und Engels, Liebknecht und Luxemburg, Lenin und Trotzki.

## **Ausgehend von diesen Zielvorschlägen treten wir ein für:**

- Verteidigung des Staatseigentums an den Produktionsmitteln, des staatlichen Außenhandelsmonopols und der Planwirtschaft
- auf dieser Grundlage Verwirklichung folgender Prinzipien einer Arbeiterdemokratie:
  - 1) Freie und geheime Wahlen zu allen staatlichen Leitungsfunktionen; Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre
  - 2) Kein staatlicher Funktionäre darf mehr verdienen als den Durchschnittslohn eines qualifizierten Arbeiters; Abschaffung aller Privilegien für Funktionäre (wie Sonderzuweisungen und Bevorzugungen, eigene Läden und Versorgungseinrichtungen)
  - 3) Rotation der Ämter; Zug um Zug Einarbeitung aller in die Leitung von Wirtschaft und Staat durch Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildung
  - 4) Vereinigungsfreiheit für alle politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Gruppierungen oder Parteien, mit Ausnahme der Faschisten; unabhängige Gewerkschaften und volles Streikrecht
  - 5) Alle bewaffneten Einheiten sind der Kontrolle durch von den Arbeitern demokratisch gewählte Gremien zu unterstellen; gewerkschaftliche Rechte für Soldaten und Polizisten; Wahl der Offiziere; Auflösung aller Sondereinheiten (wie Stasi oder sogenannte "Betriebskampfgruppen")

Die Durchsetzung der ersten vier Forderungen würde die Gewähr bieten, das soziale Abheben einer privilegierten Schicht zu verhindern, der Entstehung einer Bürokratie und des Machtmonopols einer Partei einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Die fünfte Forderung ist besonders nach den jüngsten Erfahrungen in China wichtig (und den entsprechenden Kommentaren der DDR-Führung). Jedes stehende Heer, auch eine sog. Volksbefreiungsarmee, kann gegen das Volk eingesetzt werden. Daher ist eine möglichst enge Anbindung zwischen arbeitender Bevölkerung und Soldaten bzw. Polizei wichtig.

Daraus abgeleitet und ergänzend ergeben sich weitere zentrale Forderungen:

- sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen
- Informations- und Meinungsfreiheit
- Recht auf freie und ungehinderte politische Betätigung; Demonstrations- und Versammlungsfreiheit
- freier Zugang zu den Medien für alle gesellschaftlichen Gruppierungen
- Freizügigkeit der Niederlassung und Reisefreiheit für alle; Aufhebung der Behinderungen privater Ein- und Ausreise durch Zwangsumtausch, Umtauschbeschränkungen o.ä.
- sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche, bei Nutzung eines Teils der Arbeitszeit zur Weiterbildung und Einarbeitung in Leitungsfunktionen
- angemessener Mindestlohn und Mindestrente
- umfassende Umweltschutzmaßnahmen unter Kontrolle unabhängiger Gewerkschaften und Umweltgruppen; internationale Zusammenarbeit zwischen solchen Organisationen

Hinsichtlich einer möglichen Strategie der Oppositionsbewegung in der DDR sind die Lehren aus der chinesischen Bewegung im Mai/Juni wertvoll. Eine der wichtigsten: Kein Verlaß auf einen Reformflügel in der Bürokratie oder wohlmeinende Parteimitglieder. Es wird nur soviel durchgesetzt, wie die Bevölkerung selbst erkämpft.

Dazu braucht sie eigene Kampfinstrumente, Organisationen, die unabhängig sind von Staat, Partei und bestehenden Institutionen.

Deswegen treten wir ein für:

- den Aufbau unabhängiger Gewerkschaften
- die Gründung unabhängiger Jugendorganisationen; Schüler- und Studentenkomitees an allen Schulen und Hochschulen

Der Selbstorganisierung der Arbeiterklasse in Betrieben und Wohnvierteln kommt letztlich die entscheidende Bedeutung zu:

- Für den Aufbau von frei gewählten, unabhängigen Betriebskomitees, die in Verbindung mit Stadtteil- oder Nachbarschaftskomitees (zur Einbeziehung von Hausfrauen, Rentnern, kleinen Selbständigen usw.) die Bewegung mobilisieren und koordinieren
- regionaler und landesweiter Zusammenschluß dieser Komitees durch gewählte Vertretungsorgane

Solche Komitees oder Organe wären nicht nur Kampfinstrumente, sondern auch Ansätze für eine demokratisch legitimierte Staatsstruktur.

## Konsequenzen für die Arbeiterbewegung in der BRD

Die Entwicklungen in der DDR sind auch zum vorherrschenden innenpolitischen Thema in der BRD geworden. Gewerkschaften, SPD und Jusos sollten das Thema offensiv aufgreifen und nicht den Rechten, Reaktionären und Deutschnationalen überlassen.

In der Frage der Übersiedler aus der DDR heißt das: keine Spaltung zwischen DDR-Übersiedlern, Aussiedlern aus Osteuropa, Asylbewerbern und ausländischen Arbeitern. Statt über die Schlechterstellung von DDR-Übersiedlern nachzudenken, müssen alle Gruppen auf höchstem Niveau gleichbehandelt werden, und zwar unabhängig von Staatsbürgerschaft und Nationalität. Wohnung und Arbeit für alle!. Nicht die Menschen, die - aus welchen Gründen auch immer - aus ihrer Heimat fliehen und hierher kommen sind Schuld an Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, sondern die Kohl-regierung und das Kapital.

Statt Berührungsängsten und Mutmaßungen darüber, ob die DDR-Übersiedler alle "Karrieristen" und "CDU-Wähler" sind, sollten SPD, Jusos und Gewerkschaften Kontakt zu ihnen aufnehmen, noch bevor dies CDU/CSU, Vertriebenenverbände oder zwielfichtige Versicherungsagenten tun. Die Gewerkschaften sollten sofort alle Übersiedler auf ihre gewerkschaftlichen und tariflichen Rechte hinweisen, um zu verhindern, daß sie als Lohndrücker mißbraucht werden, und um sie schnellstmöglich zu organisieren.

Wir sollten eintreten für:

- Gleichbehandlung aller Flüchtlinge auf dem höchsten Niveau, unabhängig von Nationalität und Staatsbürgerschaft, d.h. völlige rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung mit Bundesbürgern (wie es ja mit DDR-Übersiedlern geschieht) und nicht: Behandlung aller als Asylbewerber

- Abschaffung jeder besonderen Ausländergesetzgebung

- Arbeit und Wohnung für alle, Einheimische wie Flüchtlinge; SPD und Gewerkschaften müssen für eine entsprechende Politik kämpfen

- Kampagne zur Aufklärung und Organisierung unter den ankommenden Aus- und Übersiedlern

# Unterstützung der Bewegung in der DDR

Nur wenn wir den jetzt begonnenen Kampf für eine echte sozialistische Demokratie in der DDR unterstützen, können wir der Propaganda der Rechten in der BRD wirksam begegnen und die Linke hierzulande stärken. In den politischen Stellungnahmen und Aktivitäten sollte klar zum Ausdruck kommen, daß SPD, Jusos und Gewerkschaften die sozialistisch und demokratisch orientierte Opposition in der DDR als ihren vorrangigen Ansprechpartner betrachten. Es darf keine Aufwertung derer geben, die noch vor kurzem brutale Polizeieinsätze gegen Demonstranten anordnen ließen und Verständnis für das Massaker in Peking zeigten. Kontaktaufnahme und freundschaftliche Gespräche mit der SED-Führung, die diese aufwerten, sollten unterbleiben. Gespräche sollten nur im Fall konkreter Projekte (wie z.B. Umweltschutz u.ä.) laufen.

Wir setzen uns dafür ein,

- Gespräche von SPD-Politikern mit der SED auf das absolut notwendige Maß zu beschränken und in einer Weise zu führen, daß sie Regime und Partei nicht politisch aufwerten
- daß vorrangiger Ansprechpartner für die SPD die demokratisch und sozialistisch orientierte Opposition sein sollte, wobei wir natürlich die Freiheit und demokratischen Rechte für alle Gruppen und Organisationen unterstützen
- daß die Jungsozialisten sollen mit autonomen Jugend- und Studentenorganisationen Kontakt aufnehmen
- daß die DGB-Gewerkschaften sich für direkte Verbindungen zwischen Belegschaften von Betrieben der gleichen Branche in der BRD und der DDR einsetzen und direkte Unterstützung beim Aufbau unabhängiger Gewerkschaften in der DDR leisten

Wichtigste Aufgabe für Gewerkschafter und Sozialisten in der BRD bleibt natürlich - neben politischer und materieller Hilfe für die Opposition in der DDR - der Kampf gegen das Kapital und für den Aufbau einer sozialistischen Demokratie an Ort und Stelle.

Redaktion VORAN, 24. Oktober 1989

KONTAKTADRESSE  
Georg Kümmel  
Kronenberg 133, 5100 Aachen  
Telefon 02 41 / 7 30 82

Ich möchte weitere Informationen über **VORAN**

eine Liste weiterer Voran-Veröffentlichungen

ein Probe-Exemplar der Zeitung

Ich möchte

**VORAN** unterstützen und

Voran abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60

Voran weiterverkaufen und bestelle ..... Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein Voran-Förderabo zu DM ..... beziehen (ab 20 DM)

Vorname .....

Name .....

Straße .....

Ort .....

Telefon .....

Bitte einsenden an:  
Voran, Hansaring 4, 5000 Köln 1